

ANTIRA LANDTAG WATCH

Neues über Migrationspolitik im sächsischen Landtag

Ein Newsletter vom **linXXnet**
*Politik *Kultur *Projekte

Liebe Leser*innen,

Das, was Sie gerade lesen, ist der erste „Antira Landtag Watch“: Der neue Newsletter von Juliane Nagel, Mitglied der Linksfraktion im sächsischen Landtag. Einmal pro Monat werden sächsische Praxen im Bereich Asyl- und Migrationspolitik in diesem Newsletter kritisch beleuchtet und analysiert. Unser besonderer Fokus liegt jedoch in Dresden: wir wollen Ihnen und Euch erzählen, was im Landtag so abgeht.

Im September geht es im Antira Landtag Watch um #Afghanistan. Abschiebungen nach Afghanistan wurden dieses Jahr heftig diskutiert. In diesem Newsletter werdet ihr entdecken, welche Möglichkeiten die Länder haben, um sich solcher Politik zu stellen. Und vor allem: was wir im sächsischen Landtag dafür tun.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf Reaktionen! Bis nächsten Monat,
Juliane Nagel und das linXXnet-Team

#AfghanistanIsNotSafe

ANTIRA LANDTAG WATCH

Newsletter September 2017

Seit dem deutsch-afghanischen Rückkehrabkommen von Oktober 2016 gehören Abschiebungen nach Afghanistan zu den heißesten Themen der deutschen Asylpolitik. Hier kämpfen Fakten und gesunder Menschenverstand gegen eine aggressive Abschiebekampagne seitens der CDU, in der die reelle Sicherheitslage Afghanistans kaum eine Rolle spielt.

In diesem düsteren Bild politischen Kalküls bleiben jedoch parlamentarische Handlungsmöglichkeiten bestehen. Es gibt für Länder, die keine Mittäter sein wollen, drei Möglichkeiten, sich quer zu stellen:



Formaler Abschiebestopp (§60a AufenthG)

Das Land Schleswig-Holstein hat im Februar 2017 einen Abschiebestopp nach Afghanistan erlassen. Der §60a des Aufenthaltsgesetzes gibt Ländern die Möglichkeit, drei Monate lang Abschiebungen in ein bestimmtes Land zu verhindern. Für einen längeren Abschiebestopp muss das Bundesministerium des Inneren zustimmen. Schleswig-Holstein beantragte beim BMI im Mai 2017 eine Verlängerung. Der Antrag wurde bis heute nicht beantwortet.



Nicht-Meldung von Abzuschiebenden

Die Länder Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Niedersachsen entschieden sich, nicht an Sammelabschiebungen von Afghan*innen teilzunehmen. Die andere Seite der Medaille ist: "Straftäter" und „Gefährder“ sowie afghanische Geflüchtete, die ihrer „Mitwirkungspflicht“ im Asylverfahren nicht nachkommen, werden trotzdem abgeschoben. Was genau die Kriterien und Maßstäbe für diese Einschätzungen sind, bleibt unklar.



Einsatz in der Innenministerkonferenz (IMK)

Die IMK ist die Konferenz der Innenminister*innen und -senator*innen der Länder und findet zweimal jährlich statt. 2017 hat Sachsen den Vorsitz der IMK. Bei der ersten IMK, kurz nach dem Anschlag in Kabul auf die deutsche Botschaft, beschloss die Konferenz, keine Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen - bis zum neuen Bericht des Auswärtigen Amtes. Was Pro Asyl von diesem Bericht hält (nicht viel), könnt ihr [hier](#) lesen. Die nächste IMK wird in Leipzig im Dezember stattfinden. [Hier](#) können Sie mehr über Protestaktionen und Veranstaltungen erfahren, die parallel zur Konferenz stattfinden werden.

**Eines ist sicher –
Afghanistan ist nicht
sicher. Abschiebungen
stoppen!**

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Antrag auf Abschiebestopp im Landtag verhandelt

Gestern, am 27. September, wurde im sächsischen Landtag [dieser Antrag](#) auf Abschiebestopp nach Afghanistan besprochen. Der Antrag wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gestellt, [einen sehr ähnlichen Antrag](#) stellte unsere Linksfraktion schon im März. Es geht im gegenwärtigen Antrag konkret um einen Abschiebestopp nach §60a AufenthG (siehe oben).

In der Diskussion stellte sich heraus, dass selbst der innenpolitische Sprecher der CDU, Christian Hartmann, Zweifel an der Sicherheit Afghanistans hegt. Trotzdem stimmte das Parlament mit den Stimmen der Regierungsfractionen CDU und SPD gegen den Antrag. Für die SPD betonte Sabine Friedel, dass sie persönlich Sympathie für den Antrag hege, dass also v.a. die Fraktionsdisziplin die Mitglieder der SPD hindere, für den Antrag zu stimmen.

Die Debatte hat sich leider am Ende stark auf das Thema StraftäterInnen und GefährderInnen und die, die gegen ihre Mitwirkungspflichten verstossen, fokussiert. Die Frage ob StraftäterInnen ein Asylrecht haben, ist hochgekocht worden. Dazu haben die SPD nur letzteres und CDU und AfD die Meinung geäußert, dass das Gastrecht dann verwirkt ist. Warum wir der Überzeugung

sind, dass kein Mensch nach Afghanistan abgeschoben werden sollte, lässt sich [hier](#) in Jule Nagels Rede nachlesen.

Erkenntnisse aus Anfragen zu afghanischen Geflüchteten

In den letzten beiden Jahren hat Jule Nagel regelmässig Anfragen zum Umgang mit aus Afghanistan Geflüchteten gestellt.

Zwischen November 2015 und Juni 2017 hat sich die Zahl der in Sachsen lebenden afghanischen Staatsbürger*innen im Asylverfahren oder mit Schutzstatus um 2576 auf 5978 erhöht. Derzeit leben über 350 vollziehbar ausreisepflichtige Afghan*innen in Sachsen, im Vorjahr waren es nochknapp über 150.

Weder in den Jahren 2015, 2016 noch bisher in 2017 erfolgten klassische Abschiebungen aus Sachsen nach Afghanistan. Im Jahr 2016 gab es allerdings [22 Rücküberstellungen](#) in andere EU-Staaten nach Dublin-III-Verordnung

Sprunghaft gestiegen ist die Zahl von verwaltungsgerichtlichen Asylverfahren afghanischer Staatsbürger*innen. Lag deren Zahl im Oktober 2015 bei 284, war sie zum 31.5.2017 auf 2405 gestiegen. ([hier](#) die aktuellste Anfrage vom Juni 2017)



FRAG MAL DEN LANDTAG!
Kleine Anfragen verstehen und nutzen

Fokus: Kleine Anfragen

Durch Kleine Anfragen können Abgeordnete von der Landesregierung Auskunft verlangen. Es ist ein wichtiges politisches Instrument, um Informationen über nicht-veröffentlichte Daten zu gewinnen. [Hier](#) können Sie schauen, welche Kleinen Anfragen im Landtag schon gestellt wurden und was die Regierung jeweils antwortet.

Möchten Sie Ihrer Landesregierung konkrete Fragen stellen? Wenn ja, können Sie sie uns gerne schicken! Die Abgeordnete Juliane Nagel hat dann die Möglichkeit, sie als kleine Anfrage weiterzuleiten. Die Antwort der Regierung wird veröffentlicht.

Kontaktiere uns!

linXXnet e.V.
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig



Fon +493413081199
Fax +493413081200

antira-news@linxx.net

[Newsletter abmelden](#)



-----9A3A405F3D09E6FB4DA40896--